

# Gemeinde Mühlenbecker Land



## Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: III/0616/18  
 Beschluss Nr.:

Antragsteller: Bürgermeister  
 Zuständigkeit: FB I / FD Bau- und Liegenschaften

eingereicht am: 19.10.2018

FBL I  
 FBL II

.....  
 Bürgermeister

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	öff.	nöff.	Vertreter		Abstimmungsergebnis				Beschlussempfehlung	
				gew.	anw.	ja	nein	enth.	*ausg.		
2	Gemeindevertretung	03.12.2018	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	23						
1	Hauptausschuss	20.11.2018	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	9	9	5	4	0	0	<input type="checkbox"/>

### Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Mühlenbecker Land beschließt, die Aufgabe des Wohnungsbaus und der Wohnungsverteilung, im Zusammenhang mit dem Abschluss der Kooperationsvereinbarung zur Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft, nach den Vorgaben des § 122 Abs. 3 BbgKVerf an den Landkreis Oberhavel zu übertragen.

### Begründung:

Der Bau von Wohnungen und deren bedarfsgerechte Verteilung ist eine freiwillige Aufgabe der Gemeinde. Entsprechend § 122 Abs.3 BbgKVerf kann der Landkreis diese Aufgabe von der Gemeinde übernehmen. Damit der Landkreis diese Aufgabe übernehmen kann ist die Zustimmung der Gemeindevertretung notwendig.

Mit dem Beschluss das eine Kooperationsvereinbarung zur Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft mit dem Landkreis Oberhavel abgeschlossen werden soll, ist die dazu notwendige politische Grundsatzentscheidung getroffen worden. Um diese Vereinbarung mit Leben zu erfüllen und rechtssicheres kommunales Handeln zu gewährleisten, ist die formelle Übertragung der Aufgaben des Wohnungsbaus und der Wohnungsverteilung an den Landkreis Oberhavel zwingende Voraussetzung.

Anlagen: Auszug aus der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg

Haushaltsmäßige Berührung:	Ja	<input type="checkbox"/>	Nein	<input checked="" type="checkbox"/>
Ausgaben sind insgesamt gedeckt durch:	Produkt/Konto:		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Auftrags-Nr.:	_____		_____	
	GBH Sachbearbeiter/in		Fachbereichsleiterin II	

### Änderungsempfehlungen:

### Beschlussfassung:

**§ 120****Verbot von Eingriffen anderer Stellen**

Andere Behörden und Stellen als die Kommunalaufsichtsbehörden sind zu Eingriffen in die Gemeindeverwaltung nach den §§ 112 bis 117 nicht befugt. Das Unterrichtsrecht nach § 112 steht auch Behörden zu, denen durch Gesetz eine Rechtsaufsichtsbefugnis über Gemeinden übertragen worden ist. Die Kommunalaufsichtsbehörde unterstützt diese Behörden unter Anwendung der in den §§ 113 bis 117 festgelegten Befugnisse.

**§ 121****Aufsicht im Bereich der Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung**

- (1) Bei Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung werden die Aufsichtsbehörden durch die hierfür geltenden Gesetze oder aufgrund dieser Gesetze bestimmt (Sonderaufsicht).
- (2) Soweit keine andere Festlegung erfolgt, kann die Sonderaufsichtsbehörde unter Fristsetzung Weisungen erteilen, um die gesetzmäßige Erfüllung der Aufgaben zu sichern. Zudem kann sie
  1. das Unterrichtsrecht nach § 112 ausüben,
  2. allgemeine Weisungen erteilen, um die gleichmäßige Durchführung der Aufgabe zu sichern,
  3. unter Fristsetzung besondere Weisungen im Bereich der Gefahrenabwehr erteilen, wenn das Verhalten der Gemeinde zur Erledigung der Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung nicht geeignet erscheint oder überörtliche Interessen gefährden kann.
- (3) Führt die Gemeinde eine Weisung nach Absatz 2 Satz 1 oder Satz 2 Nr. 3 nicht innerhalb der bestimmten Frist durch, so kann die Sonderaufsichtsbehörde die Befugnisse der Gemeinde selbst auf deren Kosten ausüben.
- (4) Die Kommunalaufsichtsbehörde unterstützt die Sonderaufsichtsbehörden bei der Durchführung ihrer gesetzlichen Aufgaben unter Anwendung der in den §§ 113 bis 117 festgelegten Befugnisse, wenn die Befugnisse der Sonderaufsichtsbehörde nicht ausreichen.

**Teil 2****Der Landkreis****§ 122****Wesen und Aufgaben des Landkreises**

- (1) Der Landkreis ist Gemeindeverband und Gebietskörperschaft.
- (2) Der Landkreis erfüllt in seinem Gebiet in eigener Verantwortung alle die Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Gemeinden und Ämter übersteigenden öffentlichen Aufgaben, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist und die Aufgaben nicht durch kommunale Zusammenarbeit erfüllt werden. Er fördert die kreisangehörigen Gemeinden und Ämter bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, ergänzt durch sein Wirken die Selbstverwaltung der Gemeinden und Ämter und trägt zu einem gerechten Ausgleich der unterschiedlichen Belastungen der Gemeinden und Ämter bei. Er fördert insbesondere die wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung seines Gebietes zum Wohle der Einwohner.
- (3) Der Landkreis kann Einrichtungen und Aufgaben, die die kreisangehörigen Gemeinden freiwillig übernommen haben, von diesen mit Zustimmung der Gemeindevertretung übernehmen. Stimmen die beteiligten Gemeinden einer Übernahme nicht zu, so kann die Übernahme erfolgen, wenn sie notwendig ist, um einem Bedürfnis der Kreiseinwohner in einer dem öffentlichen Wohl entsprechenden Weise zu genügen. Die Bedingungen der Übernahme werden von den Beteiligten vereinbart. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so setzt das für Inneres zuständige Ministerium die Bedingungen der Übernahme fest.
- (4) Verfügt der Landkreis für die Erfüllung einer Aufgabe über ausreichende öffentliche Einrichtungen, kann der Kreistag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Anzahl seiner Mitglieder mit Wirkung gegenüber den kreisangehörigen Gemeinden und Ämtern beschließen, dass diese Aufgabe